



Berlin, 14. August 2013

GdP: Nationales Waffenregister wird zum „Schuss in den Ofen“

Berlin. Das seit 1. Januar geführte Nationale Waffenregister (NWR), in dem alle in Deutschland in Privatbesitz befindlichen Schusswaffen zentral registriert werden sollen, droht nach Recherchen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu einem „Schuss in den Ofen“ zu werden.

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: „Die bislang bei den bundesweit über 500 Waffenbehörden gespeicherten Daten der Waffen waren bereits fehlerhaft. Bei der Übertragung dieser Angaben zum Nationalen Waffenregister beim Bundesverwaltungsamt in Köln wurden weitere Fehler gemacht. Das stellt den Nutzen des NWR als Ermittlungs- und Fahndungsinstrument in Frage und es beschert den Waffenbesitzern möglicherweise sehr unangenehme Folgen.“ Damit verliert nach Auffassung der GdP auch die von den Innenministern angestrebte, besondere Schutzfunktion des NWR, dessen Einrichtung auch den Sinn haben sollte, dass Polizeibeamte bei Einsätzen in Häusern und Wohnungen zuvor den möglichen Waffenbesitz am Einsatzort abfragen können.

Auch könne jemand, so befürchtet die GdP, der eine bestimmte Waffe schon vor Jahren verkauft hat, in den Fokus einer Ermittlung geraten, indem er als amtlich registrierter Besitzer der gesuchten Waffe natürlich dringend verdächtig erscheint. Oliver Malchow: „Das wird viel Ärger geben.“

Deutschland setzt mit dem neuen Register eine EU-Richtlinie um, die vorsieht, dass spätestens bis 31. Dezember 2014 ein zentrales Waffenregister eingeführt werden muss. Die Forderung nach einem Waffenregister war unter anderem nach dem Amoklauf von Winnenden aufgekommen.